



Presseschau vom 05.09.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondenT](#) und die Online-Zeitung [Timer](#) aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondenT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Litauische Soldaten trainieren in ehemaligem KZ für Kampf gegen Russland – Medien

In Litauen finden großangelegte Militärübungen statt, bei denen die Abschreckung eines „möglichen Angriffs“ trainiert wird. Dagegen hat die jüdische Öffentlichkeit nichts einzuwenden. Allerdings ist eines der Trainingscamps auf dem Territorium eines ehemaligen Konzentrationslagers und Massengrabs stationiert worden, berichtet The Jewish Chronicle. Es handle es sich um die Festung der Stadt Kaunas, wo von Einsatzkommandos der SD und Freiwilligen von der sogenannten „Litauischen Aktivistengruppe“ zwischen 1943 und 1944 etwa rund 5.000 Juden ermordet und in Massengräber geworfen worden sind. Die Festung ist eine Art Außenlager des sogenannten KZ Kaunas gewesen, wo insgesamt mindestens 15.000 Juden ermordet worden waren.

Dieser Ort werde oft von Verwandten der Ermordeten besucht, wo sie Kerzen aufstellen und beten. Die Festung sei jedoch 2009 trotz Bed

Seitdem werde die Festung und der darunterliegende Bunker von einer NRO als Museum mit Eintrittsgeld betrieben und für private Veranstaltungen vermietet. Auch würde sich dort ein Sommerlager für Kinder befinden. Nun seien dort auch noch Soldaten stationiert worden.‘ Laut Efraim Zuroff vom Simon Wiesenthal Center hat die litauische Regierung durch die Stationierung von Truppen einen "unglaublichen Mangel an Sensibilität" gezeigt. Er sei besorgt darüber, dass die Ausbildung der Soldaten auf diesem Boden zu einer Entweihung der nicht eingezäunten Gräber führen könnte.

Anfragen seitens The Jewish Chronicle lasse die Regierung unbeantwortet.

wpered.su: Die Kommunisten von Amwrosiewka haben an einer Kundgebung zum Jahrestag der Befreiung der Stadt von den faschistischen deutschen Besatzern teilgenommen. Die Teilnehmer der Kundgebung wurden von den Leitern des Bezirks und der Stadt begrüßt. Es sprach auch die erste Sekretärin des Amwrosiewker Bezirkskomitees der Kommunistischen Partei der DVR Ljudmila Jakubowskaja. Nach der Kundgebung wurden Blumen am Ewigen Feuer niedergelegt.

de.sputniknews.com: Darum übergab Chruschtschow Krim an Ukraine – Sein Sohn erzählt
Der Sohn des ehemaligen Staatsoberhauptes der UdSSR Nikita Chruschtschow, Raumfahrtingenieur und Politologe, Professor an der amerikanischen Brown University Sergej Chruschtschow, hat erzählt, warum sein Vater die russische Schwarzmeer-Halbinsel an die Ukraine 1954 übergeben hatte.

„Mein Vater hat die Krim an die Ukraine übergeben, weil die Krim, wenn Sie auf eine Landkarte schauen, an die Ukraine ‚angeschnallt‘ ist“, sagte Chruschtschow dem ukrainischen Sender „112 Ukraine“.

Er erklärt diese Entscheidung mit rein wirtschaftlichen Gründen und behauptet, dass es „keine Politik“ dabei gegeben habe. Damals seien Schifffahrtskanäle von der Wolga zur Krim und ins Donezbecken geplant worden, und es sei planerisch klüger gewesen, wenn die Krim der Ukrainischen Sowjetrepublik angehören würde.

Nachdem Nikita Chruschtschow sowjetischer Parteichef wurde, wurde die Krim, die zuvor eine Region innerhalb der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik geworden war, im Jahr 1954 an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik angegliedert.

Im März 2014 war die Krim wieder Russland beigetreten, nachdem die Bevölkerung der Schwarzmeerhalbinsel in einem Referendum mehrheitlich dafür gestimmt hatte. Der Anlass für das Referendum war der Februar-Umsturz in der Ukraine, den die meisten Krim-Bewohner nicht anerkannten. Die Regierung in Kiew betrachtet die Krim weiter als ukrainisches Gebiet.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31727/82/317278207.jpg>

vormittags:

[ukrinform.ua: Parlamentschef Parubij spricht über besonderen Herbst](#)

Die nationale Sicherheit und Verteidigung des Landes bleiben die Prioritäten im ukrainischen Parlament.

Das sagte Parlamentschef Andrij Parubij bei der Eröffnung der siebten Sitzungsperiode der Werchowna Rada am 5. September, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. „Unsere Hauptpriorität ist die Erhaltung unserer Staatlichkeit, die Erhaltung der Ukraine, weil die Unabhängigkeit und der eigene Staat die einzige Sicherheitsgarantie für das ganze Volk ist“, sagte Parubij. Er erwartet aber einen „besonderen Herbst“ im Parlament, weil es über Reformen der Justiz, des Rentensystems, des Bildungswesen und des Gesundheitswesens abstimmen muss. Auf der Tagesordnung stehen auch der Staatshaushalt 2018 sowie Ernennungen von Mitgliedern der Zentralen Wahlkommission und des Rechnungshofs. Die Sitzungsperiode wird bis 31. Dezember 2017 dauern.

[de.sputniknews.com: Gegen Kriegsfolgen: Russland schickt Ärzte und medizinische Ausrüstung nach Syrien](#)

Russische Militärärzte haben ihren syrischen Kollegen in Damaskus medizinische Ausrüstung übergeben. Außerdem haben sie in den beiden zurückliegenden Wochen mehrere Dutzende komplizierte Operationen durchgeführt.

Eine Gruppe der besten russischen Ärzte war vor zwei Wochen in Damaskus eingetroffen. Sie sind Experten in Traumatologie, Augenheilkunde (Ophthalmologie) und Chirurgie, darunter auch Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie und plastische Chirurgie. In dieser Zeit führten sie 70 sehr komplizierte Operationen durch, die ihre syrischen Kollegen wegen fehlender medizinischer Geräte und teilweise auch wegen fehlender Fachkenntnisse nicht durchführen konnten.

Der Krieg dauere bereits seit sechs Jahren an und es fehlen einige „Nuancen“ in den professionellen Fertigkeiten syrischer Ärzte, sagte Sergej Telischtschuk, Chef des Zentrums für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie des russischen Hauptmilitärkrankenhauses.

„Manchmal hatten sie 50 bis 70 Patienten pro Tag, die sie schlicht retten sollten, und sich nicht mit irgendwelcher Ästhetik oder Rehabilitation befassen. Nun ist es an der Zeit nachzuholen, und zwar Kriegserinnerungen nicht nur aus den Seelen, sondern auch von den Gesichtern auszulöschen.“

Die medizinische Ausrüstung, die nach Damaskus geliefert wurde, wird in Syrien bleiben. Syrische Ärzte, die als Assistenten ihre russischen Kollegen unterstützt haben, schätzen die Erfahrungen, die sie in diesen zwei Wochen gesammelt haben, als sehr wertvoll ein. „Es ist sehr wichtig für uns, dass ihre Ärzte, russische Ärzte zu uns gekommen sind“, sagte der Anästhesist des Zentralen Militärkrankenhauses Damaskus, Ibrahim Rajek. „Ich hoffe, dass solche Besuche wieder stattfinden werden, damit wir mehr zusammen arbeiten und mehr lernen können.“

Nach Angaben der Vereinten Nationen kamen bei dem bewaffneten Konflikt in Syrien seit März 2011 mehr als 220.000 Menschen ums Leben gekommen. Das russische Zentrum für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien befasst sich nicht nur mit der Förderung des Dialogs zwischen der syrischen Regierung und der Opposition — es leistet auch dauerhafte humanitäre und medizinische Hilfe für die syrische Bevölkerung, unter anderem in den sogenannten Deeskalationszonen.

[Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **siebenmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der](#)

Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Frunse, Kalinowo, Krasnyj Jar und Losowoje**.
Geschossen wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Putin über Nordkorea: „Sie werden Gras essen, aber nicht auf Atomwaffen verzichten“

Nordkorea wird auch durch Sanktionen nicht darauf verzichten, Atomwaffen zu entwickeln. Das schätzt der russische Präsident Wladimir Putin ein. Für Pjöngjang handelt es sich dabei aus seiner Sicht um eine Frage der Sicherheit.

Putin erinnerte auf der Pressekonferenz beim BRICS-Gipfel in Xiamen an die Geschichte des Iraks und die Hinrichtung von dessen Staatsoberhaupt Saddam Hussein. Dieser habe auf die Produktion von Massenvernichtungswaffen verzichtet, sei aber trotzdem zusammen mit seinen Familienangehörigen getötet worden.

Der Präsident betonte: „Das wissen alle. Daran erinnern sich alle. In Nordkorea weiß man das auch. Glauben Sie, dass Nordkorea wegen der Verabschiedung irgendwelcher Sanktionen auf diesen Kurs verzichten wird, den es hin zur Herstellung der Massenvernichtungswaffen genommen hat?“

Russland verurteile diese nordkoreanischen „Übungen“, erklärte Putin. Sie seien provokativ. Aber Sanktionen jeglicher Art in diesem Fall seien nutzlos und uneffektiv.

„Sie werden, wie ich gestern bei einem Treffen mit meinen Kollegen gesagt habe, Gras essen. Verstehen Sie? Aber sie werden dieses Programm nicht aufgeben, wenn sie sich nicht sicher fühlen werden“, fügte der Präsident hinzu.

Lug-info.com: Die Preise für Zucker, Quark und Gemüse sind im August dieses Jahres in der LVR im Vergleich zum Juli gefallen. Dies ergibt sich aus einem vergleichenden Monitoring von Lebensmittelpreisen des Ministeriums für Industrie und Handel der LVR.

Die Preise für Zucker sind um 18%, von 47,75 auf 40,32 Rubel gefallen. Quark ist um fast 11% billiger geworden – von 219,60 Rubel auf 198,37 Rubel.

Ebenfalls gefallen sind die Preise für Zwiebel (65%), Kartoffel (23%), Möhren (31%), rote Rüben (20%), Kochwurst (8%), Butterfett (3%), geringfügig auch Weizenmehl.

Nicht geändert haben sich die Preise für Roggen- und Weizenbrot, Nudeln, Grieß, Sonnenblumenöl, Weißkohl, Eier, Reis.

Im August ist der Preis für Hühnerfleisch um 4% gestiegen, geringfügig teuer wurden Brot aus hochwertigen Mehlsorten, Milch, Rindfleisch, Schweinefleisch, Salz und Sahne.

de.sputniknews.com: Putin zu US-Vorgehen gegen diplomatische Objekte: „Rechtmäßig, aber rüpelhaft“

Washington hat das Recht dazu gehabt, die Zahl der diplomatischen Objekte Russlands in den USA zu reduzieren. Das hat der russische Präsident Wladimir Putin am Dienstag auf der Pressekonferenz beim BRICS-Gipfel in China gesagt. Allerdings ist „rüpelhaft“ vorgegangen worden.

Es sei das Recht der USA, „die Zahl unserer diplomatischen Objekte zu reduzieren“, sagte Putin im Rahmen seiner Pressekonferenz beim BRICS-Gipfel in China.

„Eine andere Sache ist es, dass sie dies rüpelhaft getan haben. Das schmückt unsere amerikanischen Partner nicht.“

Der Präsident fügte hinzu, dass sich Russland das Recht vorbehalte, die Zahl der US-Mission um weitere 155 Menschen zu reduzieren.

„Wenn man von einer vollen Parität spricht, sind es nicht 455 amerikanische Diplomaten in Moskau, sondern minus 155“, sagte er.

Moskau verzichte aber derzeit auf diesen Schritt.

Putin wies darauf hin, dass die Zahl der in den USA tätigen russischen Diplomaten auch die Mitarbeiter der russischen UN-Vertretung enthalte. Er erläuterte: „Wir haben mit unseren Partnern verabredet, dass die Zahl unserer Mitarbeiter, der diplomatischen Mitarbeiter in Russland und den USA, paritätisch sein soll. In Russland haben aus meiner Sicht 1300 US-Diplomaten gearbeitet, in den USA haben wir 455. Wir haben dies in Einklang gebracht: 455. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir in die Zahl der 455 Diplomaten, die ihre Tätigkeit in den USA erfüllen, auch die 155 Menschen, die bei der Uno arbeiten, einbezogen haben. Im Grunde genommen sind sie keine Diplomaten, die bei dem US-Außenministerium akkreditiert sind, sondern Diplomaten, die bei einer internationalen Organisation arbeiten.“ Zuvor hatte Moskau als Antwort auf die Schließung diplomatischer Objekte Russlands in den USA und die Ausweisung russischer Diplomaten Washington auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Zahl der US-Diplomaten in Russland in Übereinstimmung mit der Zahl der russische Diplomaten in den USA auf 455 Personen zu reduzieren.

de.sputniknews.com: Putin: Regierungsarmee hat Lage in Syrien zunehmend im Griff – BRICS sagt Hilfe zu

Die Situation in Syrien entwickelt sich zu Gunsten der Regierungstruppen. Das hat der russische Präsident Wladimir Putin am Dienstag bei einer Pressekonferenz während des BRICS-Gipfels in Xiamen (China) gesagt. Zudem hat er angekündigt, dass die BRICS-Staaten ihren Beitrag zur Verbesserung der humanitären Lage Syrien leisten werden. Putin erklärte: „Was die Lage in Syrien und Militäroperationen angeht, so entwickelt sich die Situation dort tatsächlich zu Gunsten der Regierungstruppen. Sie wissen, dass das von den Regierungsarmee kontrollierte Gebiet sich um das Vielfache vergrößert hat, und dieser Prozess nimmt zu.“

Es sei allerdings zu früh davon zu sprechen, dass der „Islamische Staat“ (IS), „Dschebhat al-Nusra“ und andere Terrorgruppierungen völlig vernichtet worden seien, sagte der Präsident. „Allerdings ist es eine offensichtliche Tatsache, dass die Situation sich grundlegend verändert. Hoffentlich werden unsere Partner bis zum Ende des Militäreinsatzes in Rakka bleiben“. Der russische Staatschef sprach auch das Problem des Terrorismus im Allgemeinen an. Er betonte, es betreffe nicht nur Syrien, sondern auch mehrere Länder, sowohl im Nahen Osten als auch in den anderen Regionen. „Das wichtigste Problem in dieser Hinsicht ist, dass die radikalen Gruppierungen immer wieder von der Armut und einem niedrigen Bildungsniveau ‚gespeist‘ werden, das ist ein Nährboden für den Radikalismus und Terrorismus“, so Putin. Die BRICS- und die G20-Staaten kämen unter anderem zusammen, um diese globalen Probleme zu lösen, hob er hervor.

Putin ging auch auf den Militäreinsatz zur Befreiung der syrischen Stadt Deir ez-Zor ein. Diese sei ein militärischer und kein politischer Stützpunkt „der ganzen radikalen Opposition. Der radikalen Opposition im schlimmsten Sinne des Wortes, das heißt, der IS-Opposition.“ Sobald der Militäreinsatz in Deir-ez-Zor abgeschlossen sein werde, bedeute das, dass die Terroristen eine sehr schwere Niederlage erlitten und die Regierungskräfte und Assad-Regierung ganz offenkundige Vorteile bekommen hätten.

In Bezug auf die anschließenden Aufgaben der syrischen Regierung sagte er, erforderlich sei ein weiterer Fortschritt bei der Waffenruhe sowie der Unterstützung der Deeskalationszonen. Zudem sollten der politische Prozess und gleichzeitig der wirtschaftliche Wiederaufbau in Gang gebracht werden.

Dies sei aber eine gewaltige Aufgabe für die syrischen Behörden, die ohne Hilfe der Weltgemeinschaft kaum zu lösen sei, betonte der russische Präsident. Mit dieser Hilfe könne Syrien rechnen: „In den Gesprächen bei diesem Gipfeltreffen sowohl auch bei den bilateralen Treffen am Rande haben wir mit unseren Kollegen das auch besprochen. Praktisch alle meine Kollegen sind damit einverstanden und zeigen sich bereit, in einem oder anderem Maße ihren Beitrag zur Verbesserung der humanitären Lage in Syrien zu leisten.“

Der neunte Gipfel der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) war am Montagmorgen in der südchinesischen Stadt Xiamen eröffnet worden und geht am Dienstag zu Ende.

de.sputniknews.com: **Putin: Russland ohne Einfluss auf US-Entscheidung über Waffenlieferungen an Ukraine**

Russland kann den möglichen US-Beschluss, Waffen an die Ukraine zu liefern, nicht beeinflussen. Das hat der russische Präsident Wladimir Putin am Dienstag auf der Pressekonferenz bei dem BRICS-Gipfel in Xiamen erklärt. Nach seinen Worten handelt es sich um eine souveräne Entscheidung der USA.

Russlands Präsident betonte auf der Pressekonferenz: „Das ist eine souveräne Entscheidung der USA, an wen sie die Waffen verkaufen oder kostenlos liefern, und auch jenes Landes, das als Rezipient dieser Hilfe gilt. Wir können nicht diesen Prozess beeinflussen. Aber es gibt allgemeine internationale Regeln und Herangehen.“

Putin warnte, Waffenlieferung in die Konfliktzone könne die Situation in der Ukraine noch weiter verschlimmern:

„Falls dies passiert, wird dieses Vorgehen, diese Entscheidung, die Situation prinzipiell nicht ändern. Dies wird die Veränderung der Situation überhaupt nicht beeinflussen. Die Opferzahl wird sich zweifellos vergrößern. Ich möchte betonen, damit alle dies begreifen, dass nichts sich ändert, die Opferzahl vergrößert werden kann, und das ist bedauerlich.“

Er wies darauf hin, dass die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk genug Waffen besitzen, darunter auch jene, die sie bei der Kriegspartei erobert haben. „Und wenn die US-Waffen in die Konfliktzone geliefert werden, ist es schwer zu sagen, wie die selbsterklärten Volkrepubliken darauf reagieren werden“, sagte der Präsident.

„Vielleicht schicken sie ihre Waffen in andere Konfliktzonen, die empfindlich für jene sind, die Probleme für sie schaffen.“

Er erklärte auf der Pressekonferenz, dass Russland die Idee unterstütze, Friedenstruppen in die Ukraine zu entsenden, die die Sicherheit der OSZE-Mission gewährleisten sollen. „Ich sehe nichts Schlimmes darin. Ich habe mehrmals darüber gesprochen, dass ich die Idee über die Aufrüstung der OSZE-Mission unterstütze. Aber selbst die Organisation verzichtet auf die Bewaffnung ihrer Mitarbeiter, weil sie weder über das entsprechende Personal noch über eine ähnliche Erfahrung verfügt.“ In diesem Zusammenhang halte Moskau die Präsenz der UN-Friedenstruppen, die die Sicherheit der OSZE-Mission gewährleisten könnten, für angebracht. Dabei betonte Putin, dass das Hauptziel dieser Kräfte es sei, die OSZE-Mitarbeiter zu schützen. Sie sollten sich nur an der Frontlinie befinden. Die entsprechende Entscheidung könne nur nach der Truppenentflechtung und dem Abzug schwerer Waffen getroffen werden.

„Dies kann aber ohne einen direkten Kontakt mit Vertretern der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk nicht gelöst werden“, erklärte der Präsident.

Damit solle sich der russische Außenminister Sergej Lawrow beschäftigen: „Das ist eine Aufgabe für den Außenminister, die entsprechende Resolution in den Sicherheitsrat einzubringen.“

Tass.ru: Russland wird in den UN-Sicherheitsrat eine Resolution über die Stationierung von UN-Friedenstruppen an der Abgrenzungslinie im Donbass zur Gewährleistung der Sicherheit der OSZE-Mitarbeiter einbringen. Dies erklärte heute der Präsident der RF Wladimir Putin auf einer Pressekonferenz zu den Ergebnissen des BRICS-Gipfels.

Nach seinen Worten wird die Stationierung von UN-Truppen, die die Sicherheit der OSZE-Mission im Donbass gewährleisten, der „Lösung des Problem im Südosten der Ukraine“ nutzen. „Der Minister ist hier, das ist eine Anweisung an das Außenministerium eine entsprechende Resolution in den Sicherheitsrat einzubringen“, fügte Putin hinzu.

„Sie sprechen davon, dass jemand etwas über die UNO einschmuggeln will, tatsächlich sehe ich hier nichts Schlechtes, ich habe bereits mehrfach gesagt, dass ich die Idee einer Bewaffnung der OSZE-Mission unterstütze, aber die OSZE selbst will ihre Mitarbeiter nicht bewaffnen, weil sie weder das entsprechende Personal hat noch Erfahrung mit einer solchen Arbeit“, erklärte die russische Staatsoberhaupt.

Putin endete damit, dass er in diesem Kontext die Anwesenheit von UN-Friedenstruppen, genauer „der Personen, die die Sicherheit der OSZE-Mission gewährleisten“, für „vollständig angebracht“ hält.

„Aber natürlich kann die Rede nur von der Funktion der Gewährleistung der Sicherheit der OSZE-Mitarbeiter sein“, fuhr Putin fort. Außerdem dürfen nach seinen Worten diese Kräfte sich nur an der Abgrenzungslinie befinden „und auf keinen anderen Territorien“ und die „Lösung dieser Frage darf nur nach einer Trennung der Seiten und einem Abzug schwerer Technik erfolgen“.

„Und dies kann nicht ohne direkten Kontakt mit den Vertretern der selbst ausgerufenen Republiken, der DVR und der LVR, entschieden werden“, stellte der Präsident der RF fest. Als Kommentar zu der Auffassung, dass Kiew seine Variante eines Vorschlags einer Stationierung von Friedenstruppen im Donbass über die Generalversammlung der UN unter Umgehung des Sicherheitsrats dieser Organisation einbringen könnte, merkte Putin an, dass dies nicht möglich ist, „weil Friedenstruppen der UN nicht anders tätig sein können als auf Entscheidung des Sicherheitsrats“.

Dan-news.info: Kommentar des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko auf die Frage der Stationierung von UN-Friedenstruppen im Donbass

Das Volk des Donbass ist wie niemand sonst daran interessiert, dass ein Prozess der Regulierung unseres Konflikts mit Kiew beginnt, damit keine Menschen mehr sterben. Und dazu sind wir bereit, nicht nur alle Initiativen zu behandeln, sondern auch eigene einzubringen. Der Vorschlag des Präsidenten Russlands, im UN-Sicherheitsrat die Frage der Stationierung von UN-Friedenstruppen im Donbass zu behandeln, muss erörtert werden. Soweit ich es verstanden habe, ist die Rede von UN-Friedenstruppen ausschließlich als Schutz für die Mitarbeiter der OSZE-Mission, die sich selbst auf der einen Seite fürchten, aber sich auf der anderen Seite selbst nicht mit Feuerwaffen bewaffnen wollen.

Wir haben mehrfach gesagt, dass wir bereit sind, die Sicherheit der OSZE-Mission und ihrer Beobachter selbst zu gewährleisten. Aber mit unserer Hilfe erklärt sich die OSZE nicht einverstanden. Wir werden sehen, wie der UN-Sicherheit und die OSZE auf den Resolutionsentwurf reagieren, den Russland vorbereitet, um ihn in den UN-Sicherheitsrat einzubringen.

Und das Wichtigste ist, dass Wladimir Putin nicht umsonst daran erinnert hat, dass bevor ein Gespräch über Friedenstruppen begonnen wird, es notwendig ist, dass Kiew wenigstens den Teil der Minsker Vereinbarungen erfüllt, die die Sicherheit betrifft, d.h. die Beschüsse einstellt und die schwere Technik auf die festgelegte Entfernung abzieht. Erst danach kann man über Friedenstruppen als Bewacher für die OSZE-Beobachter sachbezogen sprechen. Andernfalls, wenn die Waffen der ukrainischen Seite an der Abgrenzungslinie bleiben und sich Kiew so aufführt wie zurzeit, können die Friedenstruppen ein Objekt von Provokation von der ukrainischen Seite werden.

In jedem Fall sind wir bereit, die genannte Initiative zu erörtern und bestehen darauf, dass ohne Billigung von Seiten der DVR und der LVR keinerlei Veränderung im Format der Regelung möglich ist.

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Alexandr Sachartschenko

Nachmittags:

Dan-news.info: Die Stationierung von UN-Friedenstruppen an der Abgrenzungslinie im Donbass wird für die Gewährleistung der Sicherheit der Mitarbeiter der OSZE-Mission zielführend sein. Aber das ist nur möglich nach einer Trennung der Kräfte und Mittel und einer Feueinstellung, erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR bei den Minsker Verhandlungen, der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin.

„Nach einer Trennung von Kräften und Mitteln gemäß der Rahmenvereinbarung zur Realisierung einer vollwertigen Feueinstellung ist es für die Gewährleistung der Sicherheit der Mitarbeiter der OSZE-Mission zielführend, sie durch UN-Friedenstruppen zu verstärken“, meint er.

Puschilin unterstrich, dass die Rede nur von der Kontaktlinie zwischen den Konfliktseiten ist. „Das Mandat muss mit uns im Rahmen der Kontaktgruppe vereinbart werden. Es muss daran erinnert werden, dass die Situation mit der Trennung äußerst schwierig ist – selbst an den drei Pilotabschnitten ist es nicht gelungen, die Vereinbarung in vollem Umfang zu realisieren“, merkte er an.

Tass.ru: **„Unabdingbar müssen russische Kräfte bei einem solchen Friedenskontingent vertreten sein.** Das ist unabdingbar, wenn eine solche UN-Mission gebildet wird“, sagte der Leiter des Komitee der Staatsduma der RF zu Angelegenheiten der GUS, der eurasischen Integration und Verbindungen mit Landsleuten Leonid Kalaschnikow (Fraktion KPRF - Anm. d. Übers.). Kalaschnikow fügte hinzu, dass Russland unter der Ägide der UNO alle Anstrengungen einbringen kann, „damit im Donbass keine Menschen mehr sterben“. Nach Auffassung Kalaschnikows wird die Bildung einer Friedensmission der UNO im Donbass es „auch erlauben, auf dem Weg der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen weiterzukommen“. „Offensichtlich ist die Zeit gekommen, wo dieser Konflikt anders nicht mehr gelöst werden kann“, sagte der Leiter des Komitees.

Dabei meint der Abgeordnete, dass „eine Zustimmung über das Heranziehen von UN-Friedenstruppen auch unmittelbar aus Donezk, Lugansk und Kiew erfolgen muss“. „Wir können den Entwurf einer solchen Resolution in den UN-Sicherheitsrat einbringen, aber dann müssen alle Nuancen ausgearbeitet werden“, sagte Kalaschnikow.

Ria.ru: „Jede OSZE- oder UN-Mission kann im Donbass nur nach einer detaillierten Erörterung und Abstimmung ihrer Vollmachten und Funktionen in der Kontaktgruppe in Minsk eingesetzt werden. In anderen Formaten gibt es einfach keine Vertreter der Republik“, sagte Miroshnik.

Wenn die Vertreter der OSZE um die Sicherheit ihrer Mitarbeiter im Donbass fürchten, „muss diese Frage in einem konstruktiven Format erörtert werden und es müssen gegenseitig akzeptable Varianten erzielt werden“. „Dem muss eine genaue Einhaltung der zuvor unterzeichneten Vereinbarungen vorangehen, darunter das Regime der Ruhe und die Trennung der bewaffneten Formationen an der Trennungslinie“, erläuterte Miroshnik.

Der Vertreter der LVR meint, dass als Friedenstruppen keine vollwertigen Streitkräfte eingesetzt werden können. „Das ist eine Form der Bewachung der Beobachter in besonders angespannten Zonen an der Abgrenzungslinie, wo die Trennung von Kräften und Mitteln abgesichert werden muss und eine vollständige Beobachtung und Monitoring. Kiew kann schon seit einem Jahr seine Kräfte an dem vereinbarten Teilstück in Staniza Luganskaja nicht abziehen“, erklärte er.

dnr-news.com: Der ukrainische „Oppositionsblock“ forderte, in der Rada für den politischen Teil von „Minsk-2“ zu stimmen

Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der ukrainischen Partei „Oppositionsblock“ Jurij Boiko schlug der Obersten Rada vor, einseitig den Beschluss zur Erfüllung des politischen Teils der Minsker Vereinbarungen über den Donbass mit einer Verzögerung des Inkrafttretens zu fassen.

„Was die Regulierung der Situation im Osten des Landes betrifft: Wir fordern, für den politischen Teil der Minsker Vereinbarungen mit Verzögerung beim Inkrafttreten unter der Bedingung, dass die zweite Seite ebenfalls ihre Verpflichtungen erfüllt. Auf diese Weise stärkt die Ukraine die eigene Verhandlungsposition durch die Umsetzung ihrer Verpflichtungen“, sagte Boiko in einer Rede vor der Obersten Rada am Dienstag.

Er fügte hinzu, dass seine Partei das Gesetz zur Reintegration des Donbass, das bald ins ukrainische Parlament eingebracht wird, nur dann unterstützt, wenn das Dokument eine wirkliche Lösung des Konflikts bewirkt.

„Niemand hat den Text zur Wiedereingliederung gesehen, aber die Regierungsparteien werben schon für seine Annahme. Wir werden dieses Gesetz nur unterstützen, wenn es dazu beiträgt, den Frieden wiederherzustellen und nicht den Konflikt im Osten zu unterstützen“, erklärte Boiko.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-09/1504604815_18f83458daa998d917447f98a44df974.jpg

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Gestern hat der Gegner ein Feld im Gebiet von Sokolniki vermint. Danach haben sie trockenes Gras in Brand gesetzt, um Soldaten der Volksmiliz in das verminte Gebiet zu locken.

Während der Liquidierung des Brandherdes erfolgte eine Detonation einer Sprengvorrichtung, in der Folge **starben drei Soldaten, einer wurde verletzt**.

Ukraine Massenmedien haben eine Erklärung der ukrainischen Seite im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination verbreitet, dass die Volksrepubliken des Donbass die Positionen der ukrainischen Streitkräfte mit Waffen beschießen, die bei Schulen und

Kindergärten stationiert sind.

Sie wissen, dass wir in der letzten Zeit feststellen, dass die **Vertreter im Gemeinsamen Zentrum von der ukrainischen Seite vom Kommando der „ATO“ zu verschiedenen Provokationen und politischen Spielen herangezogen** werden sowie eine Verletzung des Prinzips der unabhängigen Beziehung zu den Aktivitäten der Konfliktseiten an der Abgrenzungslinie.

Im Zusammenhang damit will ich den Vertretern des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung von der ukrainischen Seite wünschen, dass sie nicht das Vertrauen der Öffentlichkeit ihnen gegenüber untergraben und eine unabhängige Analyse der Situation durchführen, die die friedliche Regelung des Konflikts unterstützt.

Die Kiewer Truppen beschuldigen Soldaten der Volksmiliz der LVR des Beschusses des Passierpunkts in Staniza Luganskaja mit Schusswaffen, um die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehene Trennung von Kräften und Mitteln in diesem Gebiet nicht durchzuführen.

Eine solche Beschuldigung ist zu erwarten, weil die Zeit naht, wo nach ihren Worten es an diesem Abschnitt möglich sein wird, Kräfte und Mittel abzuziehen. Und um den Abzug nicht durchzuführen, wurde diese Erklärung abgegeben.

Es ist paradox, dass sogar die OSZE auf die Ukraine eingeht. Sie bestätigen diese Beschüsse nicht, aber sie unternehmen auch nichts, um den sogenannten Teufelskreis aufzulösen.

Dan-news.info: Im republikanischen klinischen Kinderkrankenhaus im Kaliniskij-Bezirk von Donezk wurde nach drei Jahren wieder eine augenärztliche Abteilung eröffnet.

An der Veranstaltung nahmen der stellvertretende Gesundheitsminister der DVR Alexandr Lewtschenko, der Abgeordnete des Volkssowjets von der Fraktion „Donezkaja Respublika“, der stellvertretende Vorsitzende des Komitees für Gesundheitswesen, Schutz von Mutter und Kind Sergej Sawdowjew, der leitende Arzt des Krankenhauses Sergej Markow und die Abteilungsleiterin Irina Gorbatschewskaja teil....

Nach der offiziellen Eröffnung führte der Direktor des Krankenhauses die Anwesenden durch die Abteilung. Dort gibt es neun mit neuen Möbeln ausgestattete Krankenzimmer, die auf 50 Betten ausgelegt sind. Hier befinden drei Diagnose- und Physiotherapieräume, ein Krankenschwesternraum, ein Verbandsraum. Derzeit sind 15 Kinder in stationärer Behandlung.

„In dieser Abteilung werden sowohl konservative als auch operative Behandlungen durchführt. Während der ganzen Zeit, in der die Reparaturarbeiten liefen, waren die Kinder in anderen, nicht für sie vorgesehenen Einrichtungen untergebracht. Ich sehe den Kindern an, dass sie sich selbst am meisten freuen, weil sie jetzt unter normalen Bedingungen sind und im vollem Umfang Hilfe erhalten“, sagte Markow.

Sawdowjew merkte an, dass die Reparaturen hochwertig ausgeführt wurden, er dankte dem leitenden Arzt für die Initiative und den Wunsch das Krankenhaus wiederaufzubauen und übergab Büromaterial für die Abteilung von der gesellschaftlichen Organisation „Oplot Donbassa“. „Ich wünsche Erfolg, dass die Kinder wieder gesund werden und wir werden Sie als Abgeordnete mit Gesetzesentwürfen unterstützen“, fügte er hinzu.

Die Reparaturarbeiten an der Abteilung wurden 2014 begonnen, doch mit Beginn der Kämpfe gestoppt. In diesem Jahr wurden die Reparaturen wieder aufgenommen und dauerten etwa neun Monate. Außerdem wurde die medizinische Ausrüstung erneuert. In der Abteilung arbeiten 27 medizinische Beschäftigte.

Das republikanische klinische Krankenhaus wurde vor 50 Jahren eröffnet. Es ist die einzige Einrichtung in der DVR, die rund um die Uhr medizinische Behandlung für Kinder absichert. In der Einrichtung gibt es elf Abteilungen, darunter zwei chirurgische und eine für Infektionskrankheiten. Insgesamt arbeiten in der Klinik 630 Menschen.

de.sputniknews.com: BRICS-Staaten sehen sich nach neuen Mitgliedern um
Im chinesischen Xiamen geht am Dienstag der BRICS-Gipfel zu Ende. Bei diesem hat
Gastgeber Xi Jinping vorgeschlagen, die Gemeinschaft zu erweitern. Darüber schreibt die
Zeitung „Nesawissimaja Gaseta“ am Dienstag.

Chinas Präsident Xi Jinping wird sich am Dienstag konkreter zur Deutung der BRICS-Plus-
Formel äußern. Allerdings schnitt er das Thema der BRICS-Erweiterung bereits während des
Forums der Geschäftskreise am 3. September an. Dort hob er hervor, dass die Bedeutung der
BRICS-Kooperation über den Rahmen von fünf Teilnehmerstaaten hinausgeht. Deshalb soll
die Vereinigung erweitert und ein diversifiziertes Partnerschaftsnetz der Entwicklungsländer
und Länder mit wachsenden Märkten geschaffen werden.

Was potentielle Kandidaten betrifft, so ist das chinesische Herangehen ziemlich
offensichtlich. Das ist an der Liste der zum Gipfel eingeladenen Länder zu erkennen –
Guinea, Ägypten, Mexiko, Tadschikistan und Thailand. In der chinesischen Presse wird der
diesjährige Gipfel das „Treffen von fünf Kontinenten“ genannt. China will vielleicht nach
demselben Prinzip auch andere Teilnehmer des BRICS-Klubs auswählen.

Laut dem BRICS-Experten Wladimir Dawydow ist „BRICS Plus“ eine interessante und
aussichtsreiche Idee, die die traditionellen Vorstellungen davon ändern können, wie
Integrationsprozesse im 21. Jahrhundert aufgebaut werden sollen.

„Momentan ändert sich umfassend der Status quo im System der internationalen
Beziehungen. Die Initiative ‚BRICS plus‘ bietet mehreren Wirtschaften der Welt die Chance,
ihren Platz im neuen System zu finden, wo es sehr viele Varianten der Bildung von
gegenseitig vorteilhaften Allianzen gibt.“

Laut dem Experten entwickelt sich BRICS zu einer Struktur, die Hoffnungen macht, dass sie
Stabilität erreicht. Dabei ist vor allem das bedeutende finanzwirtschaftliche Potential Chinas
gemeint. Die „BRICS plus“-Idee widerspiegeln die Bedürfnisse nicht nur der jetzigen
Teilnehmer nach umfassenden Allianzen, sondern auch von mehreren Ländern, die in der
Vereinigung eine Art Anker im turbulenten Gewässer der internationalen Beziehungen sehen.
Auf die Frage, welche Länder der BRICS beitreten könnten, sagte Dawydow, dass es
natürlich Vorrecht der Anführer der Vereinigung sei, entsprechende Vorschläge zu
unterbreiten. Bei vorläufigen Konsultationen haben viele auf der Formel „Union der
Unionen“ beharrt. Gemeint werde damit, dass jedes BRICS-Land ein Mitglied einer
regionalen Gemeinschaft bzw. Gruppe ist. Falls die BRICS-Anführer aus irgendwelchen
Gründen nicht bereit sein werden, konkrete Kandidaten zu nennen, solle man im Rahmen
dieser Formel vorgehen.

Der Sberbank-Vertreter in China, Sergej Zyplakow, machte darauf aufmerksam, dass die
chinesische Seite früher auf die Kooperation in der Süd-Süd-Achse den Schwerpunkt legte.
Nun setze Jinping auf eine weitere Achse – Süd-Nord, bei der es um die Beziehungen
zwischen den Entwicklungs- und Industrieländern geht. „Bei dieser Variante würde BRICS,
vor allem China, die Funktionen des Vertreters der Entwicklungswirtschaften bei den
Verhandlungen mit den führenden Ländern des Westens über die Änderung des Systems der
internationalen wirtschaftlichen und Finanzorganisationen übernehmen“, so der Experte.
Jedenfalls würde die Umwandlung der BRICS schrittweise erfolgen.

**Dan-news.info: „Der Vorschlag Präsident Putins über die Stationierung von UN-
Friedenstruppen zur Gewährleistung der Sicherheit der Mitarbeiter der OSZE-Mission an der
Kontaklinie im Donbass könnte das Erreichen von zwei wichtigen Zielen unterstützen:
erstens eine möglichst schnelle Realisierung der Vereinbarung zum Abzug von Kräften und
Mitteln von der Kontaklinie und zweitens, eine sorgfältiges Monitoring über die Einhaltung
dieser Vereinbarungen nach dem Abzug“, sagte die Außenministerin der DVR Nikonorowa.**

Sie unterstrich, dass eine fortschreitende Realisierung solcher Vorschläge nur möglich ist, wenn sie mit Donezk abgestimmt werden. „Wir lenken die Aufmerksamkeit der gesamten Weltgemeinschaft, einschließlich des UN-Sicherheitsrat darauf, dass die Realisierung dieser Vorschläge wie auch die Bedingungen ihrer Realisierung mit den Republiken abgestimmt sein müssen, sowohl die Bedingungen ihrer Realisierung müssen mit den Republiken abgestimmt sein als auch beliebige andere Ideen und Projekte, die das Schicksal des Donbass betreffen“, unterstrich die Ministerin.

de.sputniknews.com: Saakaschwili festnehmen und ausliefern: Kiew bekommt Ersuchen aus Tiflis

Die Ukraine hat von Georgien ein Ersuchen bekommen, nach dem ehemaligen Gouverneur von Odessa und Ex-Präsidenten Georgiens Michail Saakaschwili zu fahnden, ihn zu verhaften und nach Tiflis auszuliefern. Dies gab der ukrainische Vize-Justizminister Sergej Petuchow bekannt.

„Das Ersuchen wurde von der georgischen Staatsanwaltschaft an das Justizministerium und die Staatsanwaltschaft der Ukraine gerichtet“, sagte Petuchow am Dienstag bei einem Briefing.

Anfang September hatte Saakaschwili auf Facebook mitgeteilt, dass sein Bruder Dawid in Kiew festgenommen worden sei.

Am 26. Juli hatte der ukrainische Migrationsdienst bestätigt, dass dem ehemaligen Gouverneur von Odessa die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen wurde, weil er falsche Angaben bei der Einbürgerung gemacht hätte. Die Staatsbürgerschaft der Ukraine könne keinen Personen gewährt werden, die in anderen Ländern schwere Straftaten begangen haben, die gerichtlich verfolgt werden. Derzeit befindet sich Saakaschwili in den USA.

Die ukrainische Staatsbürgerschaft wurde Saakaschwili im Mai 2015 verliehen, im selben Monat wurde er zum Gouverneur des Gebietes Odessa ernannt. Im November 2016 hat der ukrainische Präsident Petro Poroschenko Saakaschwili aus dem Gouverneursamt und vom Posten seines Beraters entlassen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31677/40/316774001.jpg>

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard

Basurin

In den letzten 24 Stunden wurden **30 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Mörser, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen und Schusswaffen verwendet. Auf **neun Ortschaften** und die umliegenden Gebiete wurden 17 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 12 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner fünf Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf **Kominternowo** abgeschossen. Ebenfalls wurden **Sachanka und Leninskoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner ein Mörsergeschoss des Kalibers 120mm auf **Krasnyj Partisan** abgeschossen.

Im Vorfeld des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk geben die Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination von der ukrainischen Seite Informationen über einen Beschuss von Positionen der ukrainischen Streitkräfte von Seiten unserer Einheiten aus heraus, als ein Tatsache, die keiner Beweise bedarf. Um gegenüber ihrer politischen Führung zu verheimlichen, dass sich die ukrainischen Truppen nicht unterordnen, ziehen die ukrainischen Militärs mit allen Mitteln jegliche Information heran, die unsere Republik kompromittiert.

Wie ich gestern sagte, wurde der Beschuss einer Diversionsgruppe des „Rechten Sektors“, in dessen Folge einer der Kämpfer vernichtet wurden und vier verletzt, als weiterer Akt der Aggression von Seiten der Streitkräfte der DVR ausgegeben. Heute werden dieselben Pseudooffiziere der ukrainischen Armee sagen, dass wir die Positionen der ukrainischen Nationalhelden beschossen haben. Aber tatsächlich hat ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte in stark betrunkenem Zustand eine Granate in einen Unterstand geworfen, wo sich sein Kamerad befand.

Am Sonntag ist ein Soldat der 59. Panzergrenadierbrigade auf eine eigene Mine geraten und wurde getötet, auch dieser Fall wurde als Beschuss von unserer Seite aus ausgegeben. Die Maßnahmen, die das Kommando der ukrainischen Streitkräfte zur Auffüllung der Verbände und Truppenteile mit Personal ergreift, das dann in die „ATO“-Zone geschickt werden soll, haben keinen Erfolg. Offiziell gibt die Führung der Ukraine keine weitere Mobilisierungswelle bekannt, weil sie sozialen Aufruhr und Massenproteste der Bevölkerung gegen den ungesetzlichen Einsatz in einem Bürgerkrieg, der „antiterroristische Operation“ genannt wird, fürchten. Aber es sind eine Menge von Fällen zu bemerken, in denen Bürger der Ukraine, die demobilisiert und aus den Reihen der ukrainischen Streitkräfte entlassen wurden, Einberufungen erhalten. Auf diese Weise versuchen die Militärkommissare ihre Pläne zur Aufstockung des Personals durchzuführen, in dem sie ihre Bürger wiederholt in den Krieg schicken.

Seit heute haben in den Streitkräften der DVR Kommandostabsmobilisierungsübungen mit Verteidigungsthematik begonnen. Im Verlauf dieser Übungen bearbeiten Kommandeure von Einheiten in Zusammenarbeit mit den Militärkommissariaten der Republik Fragen der Auswahl und Heranziehung von Freiwilligen in die Reihen der Armee der DVR im Fall einer Aggression des Gegners.

Ria.ru: „Wir sind dafür, dass die Friedensmission arbeitet, uns hilft, Frieden im Donbass herzustellen, weil wir alles tun müssen, damit unsere Soldaten und Zivilisten nicht sterben. Diese Mission muss sowohl an der Kontaktlinie als auch an der nicht kontrollierten ukrainisch-russischen Grenze arbeiten. Ich habe bereits mehrfach gesagt, dass die Vertreter des Aggressorlandes weder ein moralisches noch ein juristisches Recht haben, in den juristischen Missionen zu sein“, sagte der Vorsitzende der Fraktion „Block Pjotr Poroschenko“ in der Obersten Rada der Ukraine Artur Gerassimow....

Nach den Worten Gerassimows laufen derzeit Verhandlungen, wie die Friedensmission im Donbass aussehen könnte: eine UN-Mission, eine Mission unter dem Dach der OSZE oder eine Polizeimission der EU. „Welche am effektivsten sein, welche schneller stationiert wird, wird die Zeit zeigen, aber sowohl der Präsident als auch die Koalition und der Block Pjotr Poroschenko unterstützen jede Lösung, die möglichst schnell Frieden in diese Territorien bringt“, fügte der Politiker hinzu.

Tass.ru: „Heute wurde von uns ein entsprechender Resolutionsentwurf an den Vorsitzenden des UN-Sicherheitsrats und den UN-Generalsekretär geschickt. Wir hoffen, dass er in der nächsten Zeit an die Mitglieder des Sicherheitsrats weitergegeben wird“, sagte der ständige Vertreter der RF bei der UNO Wassilij Nebesnja.

de.sputniknews.com: Krim-Übergabe an Ukraine: Was Chruschtschows Sohn verschwiegen hat

Nikita Chruschtschow hat die Halbinsel Krim 1954 allein aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus an die Ukraine verschenkt – so sieht es jedenfalls Sergej Chruschtschow, Sohn des ehemaligen KPdSU-Chefs und Professor in den USA. Was der Gelehrte in seiner Geschichte ausgelassen hat, erklärt der russische Politologe Jewgeni Ben im Sputnik-Interview.

Seinem Vater sei es wirklich nicht darum gegangen, es ukrainischen Bürokraten rechtzumachen, als er die Krim 1954 an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik übergeben habe. Diese Entscheidung sei keineswegs politisch motiviert gewesen, sagte Sergej Chruschtschow dem ukrainischen Sender „112 Ukraina“.

Wie erklärt der heutige Professor an der Brown University die Entscheidung seines Vaters dann? Allein durch wirtschaftliche Vernunft: „Mein Vater gab die Krim der Ukraine, weil – wenn Sie sich die Karte anschauen – die Krim an die Ukraine angeknüpft ist.“ Als es dann um die wirtschaftliche Entwicklung der Krim gegangen sei, habe die zuständige Planungsstelle empfohlen, die Infrastrukturprojekte auf der Halbinsel unter einen Verantwortlichen zu stellen.

„Also wurde die Krim an die Ukraine vergeben – so wie zahlreiche andere Regionen auch vergeben wurden“, sagte Sergej Chruschtschow.

Der Politologe Jewgeni Ben, Leiter des Moskauer Politik-Klubs, stimmt dem Professor zunächst zu: Die Übergabe der Krim an die Ukraine durch die Russische Sozialistische Sowjetrepublik sei zu dem Zeitpunkt objektiv als eine technische Frage behandelt worden – „im Zusammenhang mit der Infrastruktur, Logistik, Energieversorgung usw.“

Doch, so der Experte weiter, habe Sergej Chruschtschow das Wichtigste verschwiegen: „Dass es ein unerhörter Bruch mit der Verfassung der Sowjetunion gewesen ist.“ Denn der Beschluss sei von Organen gefasst worden, die dazu nicht berechtigt gewesen seien – nämlich von den Präsidien der Obersten Räte der Russischen Sowjetrepublik und der UdSSR. „Sie hatten keine Rechte, das Staatsgebiet auf die Republiken umzuverteilen“, stellt der Politologe fest.

Übrigens: Schon am nächsten Tag nach dem Interview mit dem ukrainischen Sender habe Sergej Chruschtschow einer russischen Zeitung gesagt, er unterstütze die Entscheidung der Menschen auf der Krim für die Wiedervereinigung mit Russland, erinnert der russische Politologe. „Das hatte er früher schon, gleich nach dem Referendum von 2014 erklärt“, erinnert Jewgeni Ben.

Hintergrund:

Das Präsidium des Obersten Rats der Sowjetunion hatte die Halbinsel Krim per Erlass vom 19. Februar 1954 aus dem Staatsgebiet der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik herausgelöst und an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik übergeben. Begründet wurde dieser Schritt durch „die gemeinsame Wirtschaft, die territoriale Nähe und durch enge

wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen der Republik Krim mit der UkrSSR“, hieß es im Dokument.

Nach dem Zerfall der UdSSR blieb die Schwarzmeerhalbinsel zunächst ukrainisches Gebiet. Die Menschen auf der Krim unternahmten mehrmals den Versuch, ein Unabhängigkeitsreferendum abzuhalten. Kiew wertete diese Versuche jedoch als verfassungsfeindlich.

Nach dem Umsturz in der Ukraine im März 2014 haben sich dann 96,7 Prozent der Menschen auf der Krim und 95,6 Prozent der Einwohner Sewastopols in einem Referendum für die Wiedervereinigung mit Russland ausgesprochen. Kiew erkennt das Ergebnis dieser Abstimmung nicht an und hält Krim für ein „zeitweise besetztes Gebiet“.

Moskau erklärte indes mehrmals, die Halbinsel Krim sei gemäß der Satzung der Vereinten Nationen und den Normen des Völkerrechts zum russischen Territorium geworden. Der russische Präsident Wladimir Putin sagte, die Frage der Zugehörigkeit der Krim sei „endgültig abgeschlossen“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31731/41/317314157.jpg>

Dan-news.info: „Die Gewerkschaftsföderation der DVR unterstützt weiterhin über den „Fonds einiger Donbass“ mit allen Kräften die bedürftigen Einwohner, die auf den zeitweise von der Ukraine kontrollierten Territorien leben. Während der Aktivität der Organisation wurden 19 Anträge von Werktätigen behandelt. Ihnen wurden insgesamt 674.000 Rubel ausgezahlt“, sagte die stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation Jelena Moltschanowa.

Nach ihrer Information gingen Anträge für medizinische Behandlung und Ausbildung von Kindern von Einwohnern aus Mariupol und den Bezirken Wolnowacha und Krasnoarmejsk ein.

Außerdem haben sich auch Einwohner der DVR an die Gewerkschaften in Bezug auf den Fonds einiger Donbass gewandt. Moltschanowa unterstrich, dass aufgrund von 20 solcher Anträge 611.000 Rubel ausgezahlt wurden.

de.sputniknews.com: Syrien: Assad gratuliert Verteidigern von Deir ez-Zor zu Sieg über IS
Syriens Präsident Baschar al-Assad hat die Verteidiger der Stadt Deir ez-Zor zum Sieg über die Terrormiliz Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) beglückwünscht, meldet der Pressedienst des syrischen Staatschefs am Dienstag.

Assad hat in einem Telefongespräch mit den Militärchefs, die für die Verteidigung von Deir ez-Zor zuständig waren, allen Verteidigern zum Durchbruch der Belagerung der Stadt gratuliert. Sie war seit mehr als drei Jahren von der Terrormiliz blockiert. Die Militärs hätten mit ihrem Widerstandsvermögen bewiesen, dass sie für die nächsten Generationen Verantwortung trügen, so Assad.

Zuvor war berichtet worden, dass syrische Panzer nach einem massierten Luftangriff in die Stadt vorgerückt waren. In Deir ez-Zor, der Hauptstadt der gleichnamigen Provinz im Nordosten Syriens, waren bislang sowohl Zivilisten als auch Militärs seit 2014 einer IS-Blockade ausgesetzt. Sie wurden durch Regierungshubschrauber aus der Luft mit Lebensmitteln und Munition versorgt.

Lug-info.com: Die LVR gewinnt derzeit fast 2,2 mal so Wasser aus eigenen Quellen als in der Vorkriegsperiode. Dies teilte das staatliche Unternehmen der LVR „Luganskwoda“ mit.

„Die Menge des gewonnenen Wasser aus eigenen Quellen beträgt 293.700 Kubikmeter in 24 Stunden. Von Wasserwerken, die jenseits der Kontaktlinie liegen, gehen 47.000 Kubikmeter in 24 Stunden ein. Die Gesamtmenge des Wassers beträgt 340.700 Kubikmeter in 24 Stunden“, heißt in der Mitteilung des Unternehmens.

Vor Beginn des Konflikts wurden von den jetzt von Kiew kontrollierten Territorien 260.000 Kubikmeter geliefert und von jetzt in der LVR liegenden Quellen 135.000 Kubikmeter. Aber dennoch läuft die Wasserversorgung in den großen Städten der LVR nur zu bestimmten Zeiten nach einem Zeitplan.

de.sputniknews.com: Dodon verbietet Teilnahme moldawischer Militärs an Manöver in Ukraine

Der moldawische Präsident Igor Dodon hat nach eigenen Angaben den Militärs des Landes verboten, am internationalen Rapid Trident-2017 in der Ukraine teilzunehmen.

„Wir lassen die Beteiligung moldawischer Militärs an den Militärübungen außerhalb des Landes nicht zu“, schrieb Dodon am Dienstag auf seiner Facebook-Seite.

Unter seiner Erklärung veröffentlichte der moldawische Präsident zudem den Briefwechsel zwischen dem Vizeverteidigungsminister des Landes Gheorghe Galbura und dem Sekretär des Obersten Sicherheitsrates Artur Gumeniuc. Hier geht es darum, dass die Behörde 57 Militärs in die Ukraine für die Teilnahme am Manöver Rapid Trident entsenden wolle und erwarte in diesem Zusammenhang die Genehmigung durch das Oberkommando der Streitkräfte des Landes.

„Gemäß dem Gesetz über die nationale Verteidigung teilen wir mit, dass der moldawische Präsident die Teilnahme des Bestandes der Nationalarmee an diesem Manöver nicht genehmigt hat. Wir bitten, die Vorbereitungen des genannten Bestandes der Nationalarmee auszusetzen und die Organisatoren ordnungsgemäß darüber zu informieren, dass die Republik an dem entsprechenden Ereignis nicht teilnehmen wird“, heißt es in der schriftlichen Antwort Gumeniucs.

Anfang September werden bei den Nato-Übungen „Rapid Trident 2017“ in der Ukraine bis zu 2000 Soldaten aus den USA und anderen Mitgliedsstaaten des Militärbündnisses stationiert, die Kampfaufgaben mit Waffen und Militärtechnik, darunter sechs Flugzeuge und zehn Hubschrauber, üben werden.

Abends:

de.sputniknews.com: **Donezker Volksrepublik nennt Bedingungen für Blauhelme**

Der Einsatz von internationalen Friedenstruppen zum Schutz der OSCE-Beobachtermission im Donbass ist nur nach dem Abzug der Truppen von der Kontaktlinie und nur an bestimmten Orten möglich, erklärte am Dienstag der Vertreter der selbsterklärten Volksrepublik Donezk (DVR) in der Kontaktgruppe, Denis Puschilin.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Dienstag dazu geäußert, dass er die Idee der Entsendung von Friedenstruppen in die Ukraine durchaus unterstütze. Allerdings könne die Rede nur von einem Einsatz zur Gewährleistung der Sicherheit der OSCE-Beobachtermission im Donbass sein.

Die Friedenstruppen dürften sich dabei nur in direkter Nähe zur Kontaktlinie zwischen den ukrainischen Truppen und der Donezker Volkswehr befinden und keine anderen Gebiete betreten.

Die Entscheidung über die Entsendung könne aber nur dann getroffen werden, wenn das schwere Militärgerät von der Frontlinie abgezogen sei, die Konfliktparteien endgültig auseinander geführt seien und ein direkter Kontakt zu den Regierungen der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk bestehe.

Putin erklärte, er werde das russische Außenministerium damit beauftragen, eine entsprechende Resolution in den Uno-Sicherheitsrat einzubringen, um die Sicherheit der OSCE-Mission im Donbass zu gewährleisten, sobald die genannten Bedingungen erfüllt seien.

Dieser Initiative stimmte auch Puschilin zu: „Nach dem Auseinanderführen der Truppen und des Militärgeräts im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen sollte man mit dem Ziel der vollen Realisierung des Waffenstillstandes die OSCE-Beobachtermission mit Uno-Friedenstruppen verstärken“.

Er unterstrich dabei, dass das Uno-Mandat mit der DVR im Rahmen der Kontaktgruppe abgestimmt werden müsse.

Puschilin hob auch hervor, dass die Lage weiterhin kompliziert sei. Selbst an den „Vorzeigestellen“ der Front haben die Vereinbarungen über den Waffenstillstand nicht komplett umgesetzt werden können.

Die Kontaktgruppe hatte am 21. September 2016 eine Rahmenvereinbarung unterzeichnet, die das Auseinanderführen der Truppen und des Militärgeräts in drei Donbass-Bezirken einleiten sollte. Bisher konnte dies nur in einigen Orten realisiert werden. Es gibt weiterhin „heiße Stellen“, wo täglich teils heftige Gefechte stattfinden.

Zudem werden weiterhin Versuche unternommen, umsetzbare

Waffenstillstandsvereinbarungen zu schließen. Allein in diesem Jahr wurden in Minsk schon drei Waffenruhen in der Donbass-Region vereinbart. Der OSZE-Unterhändler Martin Sajdik stellte fest, dass der Sommer deswegen „nicht so heiß war, wie wir befürchtet hatten“.

Dennoch, in letzter Zeit hat sich die Lage im Donbass wieder verschärft, nachdem die ukrainische Armee ihre Aktivität erhöht hatte. Die ukrainischen Kämpfer bereiten sich anscheinend derzeit darauf vor, den bewaffneten Konflikt wieder aufzunehmen und planen, eine Offensive in Richtung Gorlowka einzuleiten, so der Vizechef der Volkswehr der selbsterklärten Donezker Volksrepublik (DVR), Eduard Bassurin...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30179/43/301794393.jpg>

ukrinform.ua: Mögliche Friedensmission im Donbass: Außenministerium der Ukraine gegen Friedenssoldaten aus Russland

Das Außenministerium der Ukraine hat die Erklärung des russischen Präsidenten Wladimir Putin über eine Friedensmission der Vereinten Nationen zur Kenntnis genommen und betont, dass die Mission zur Wiederherstellung des Friedens in der Ostukraine beitragen kann. Das erklärte das Außenministerium in seinem Kommentar zum Vorschlag Putins.

Die Außenbehörde erinnerte im Kommentar daran, dass sich der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko noch im März 2015 offiziell an die UNO über die Entsendung der Friedensmission in die Ukraine wandte. Ziel des UN-Einsatzes könnte die Gewährleistung des dauerhaften Friedens im Donbass auf Grundlage der Vereinbarungen von Minsk, der UN-Charta und mit einer zunehmenden Präsenz der Beobachtermission der OSZE sein. Russland habe diese Vorschläge aber sabotiert. Auch die in Medien veröffentlichte Erklärung des russischen Präsidenten beweise, dass Russland als eine Konfliktpartei erneut versuche, die Aggression als den innerstaatlichen Konflikt in der Ukraine darzustellen und die Idee der Friedensmission zu verzerren.

Die Außenbehörde betonte aber, dass die Ukraine, als ein Anhänger der UN-Friedensmission, bereit ist, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. „In diesem Zusammenhang wurde die Botschaft der Ukraine bei der UNO angewiesen, entsprechende Konsultationen mit Delegationen im UN-Sicherheitsrat durchzuführen.“

Laut dem Außenministerium sei die Stationierung der Friedensmission nur mit der Zustimmung der Ukraine und nach der Konsultationen mit ihr möglich. Die Mission müsse den Abzug aller Besatzungstruppen und Söldner sowie ihrer Waffen aus der Ukraine und die Kontrolle über die ukrainisch-russische Grenze vorsehen. Von der Teilnahme des Personals aus dem Aggressorland an der Mission könne keine Rede sein. Das gelte auch für die Zustimmung der von Russland unterstützten illegalen Militärformationen in der Ukraine. Der russische Präsident Wladimir Putin sprach sich am Dienstag für die Friedensmission in der Ostukraine aus. Die Friedensmission sollte die Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit und nur an der Trennlinie eingesetzt werden. Der Friedenseinsatz sollte auch mit der Führung der so genannten „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ abgesprochen werden.

de.sputniknews.com: Sigmar Gabriel: Blauhelme im Donbass könnten Aufhebung der Sanktionen einleiten

Der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel hat nicht ausgeschlossen, dass im Rahmen der möglichen Entsendung von UN-Friedenstruppen in den Donbass auch die Sanktionen gegen Russland fallen könnten, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters.

Zuvor hatte Gabriel die Initiative des russischen Präsidenten Wladimir Putin zur möglichen Entsendung von UN-Friedenstruppen in den Donbass begrüßt. Gabriel unterstrich, man müsse diese Chance nutzen, um einen dauerhaften Waffenstillstand zu erreichen.

Zudem könnte dies ein wichtiger Schritt sein, um die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland einzuleiten.

"Wenn das gelänge, hätten wir einen ersten großen Schritt auch zum Abbau der Sanktionen gegenüber Russland und würden dann eintreten können in eine neue Phase der Entspannungspolitik", erklärte Gabriel in einem Interview für den Fernsehsender n-tv.

Zuvor hatte Putin am Rande des Gipfels der BRICS-Staaten im chinesischen Xiamen erklärt, seine Regierung bereite eine Resolution für den UN-Sicherheitsrat vor, um den Einsatz einer UN-Friedensmission im Donbass zu ermöglichen. Die Blauhelme sollen demnach die Sicherheit der OSZE an der Kontaktlinie zwischen der ukrainischen Armee und den Volkswehren der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk in der Ost-Ukraine gewährleisten.

Denn wir brauchen das Land, auch zur Lösung solcher Krisen wie in Nordkorea", unterstrich der deutsche Außenminister.

Die Führungen der selbsternannten Volksrepubliken begrüßten bereits ebenfalls diese Initiative, machten aber klar, dass bestimmte Bedingungen hierfür erfüllt werden müssten. So müsste das UN-Mandat mit den „Volksrepubliken“ abgestimmt werden. Weiterhin müssten zuerst die Truppen der Konfliktparteien auseinandergeführt und das schwere Militärgerät von der Kontaktlinie abgezogen werden. Die UN-Truppen sollten dann ausschließlich zur Sicherheit der OSZE-Mission in bestimmten Bezirken des Donbass eingesetzt werden.

Die EU macht die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland abhängig von der Umsetzung der Minsker Friedensvereinbarungen. Wegen Verletzungen dieser Vereinbarungen verlängerte die EU die Strafmaßnahmen gegen Russland erst im Juni um weitere sechs Monate bis Ende Januar. Die Führung in Kiew muss dagegen keine Strafmaßnahmen seitens des Westens befürchten – auch trotz nachgewiesener Verletzungen der Waffenruhe.

Die EU und die USA werfen Russland die Unterstützung der prorussischen Kräfte in der Ost-Ukraine seit Frühjahr 2014 vor. In dem nun seit mehr als drei Jahren schwellenden militärischen Konflikt wurden mehr als 10 000 Menschen getötet. Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Kohlefördergebiete Donezk und Lugansk geschickt, nachdem diese den nationalistischen Putsch in Kiew nicht anerkannt und unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten...